

Die Frage lautet, wann die EU stirbt



Von Thierry Baudet

Diese Woche hat die EU in Oslo den Friedensnobelpreis erhalten. Die Auszeichnung verstellt den Blick aufs Wesentliche: Die Union wird zwangsläufig in einen Superstaat münden, der nicht funktionieren kann. Es ist Zeit für den geordneten Ausstieg.

Während langer Zeit hat das europäische Projekt nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die es verdient. Vor allem jene, welche die Integration neuer Länder in die EU kritisierten, erreichten nicht das Geringste. Wer konnte denn gegen «Zusammenarbeit» sein?

Endlich hat sich die Situation verändert. Die Debatte ist in Gang – und dieses Mal haben die Eurokraten grossen Erklärungsbedarf. Dabei ist deutlich geworden, dass es nicht um «Zusammenarbeit» geht. Niemand ist gegen «Zusammenarbeit». Handel treiben, internationales Einvernehmen, Austauschprogramme auf allen Gebieten – jedermann ist dafür.

Die Diskussion dreht sich um die spezifische Form der «Zusammenarbeit», nämlich die der Europäischen Union (EU). Die EU ist zur Hälfte ein Staat, zur Hälfte aber auch nicht. Sie hat auf einigen Gebieten Befugnisse, auf anderen nicht. Das macht die EU fundamental instabil. Damit sie funktionieren kann, wird sie mehr Befugnisse erhalten oder einfordern müssen. Die offenen Grenzen nötigen zu einer zentralen Immigrationspolitik. Der Euro zwingt zu einer zentralen Budgetkontrolle. Und so weiter.

Unvermeidbar wird die EU schlussendlich in einen neuen Staat münden müssen. Es gibt keine andere Möglichkeit. Gleichzeitig werden diese «Vereinigten Staaten von Europa» nie funktionieren. Die Unterschiede sind viel zu gross: kulturelle Verschiedenheiten, sozialökonomische Unterschiede, die historisch-strategischen Allianzen, Sprachen, Religionen und die Vorstellungen einem guten Leben.

Aber wenn die EU zu einem föderalen Bundesstaat führt, Föderalismus aber nicht funktionieren kann, dann muss die Schlussfolgerung sein, dass sich die EU auf einem toten Gleis befindet. Dann dürfen wir nicht weiterwursteln und auch keinen Sprung nach vorwärts machen wollen. Dann müssen wir schleunigst nach einem Ausgang suchen.

Die entscheidenden Begriffe

Zuvor werde ich drei Begriffe abstecken, um Missverständnisse zu vermeiden: intergouvernemental, supranational und föderal. Auf diese drei Arten können Staaten mit anderen Staaten in Beziehung treten: Jede freiwillige Zusammenarbeit zwischen Ländern, die auf Einstimmigkeit beruht, wird intergouvernemental genannt. Die Nato, die OECD, die OSZE, Verträge zu Freihandel, Umwelt, Erdgasverkauf bei Dritten, CO₂-Ausstoss, Verwendung von Satelliten: Der Anwendungsbereich ist unendlich. Der grösste Teil des zwischenstaatlichen Verkehrs ist intergouvernemental.

Supranational nenne ich die Beziehung zwischen Staaten, wenn eine Institution ins Leben gerufen wird, die in der Folge neue Regeln aufstellen oder vereinbarte Bestimmungen genauer fassen kann, ohne dass es dazu einer erneuten Zustimmung der Vertragsparteien bedürfte. Beispiele sind der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die Welthandelsorganisation, der Internationale Strafgerichtshof und . . . die Europäische Union.

Geht die Interaktion zwischen Staaten noch einen Schritt weiter, dann können sie zusammen einen neuen Staat bilden. Die Beziehung nennt man nicht mehr supranational, sondern föderal. Es gibt viele unterschiedliche Föderationen – die Bundesrepublik Deutschland ist anders organisiert als die Schweiz oder die Vereinigten Staaten, und diese beiden anders als Indien. Und doch haben alle Bundesstaaten eine minimale Anzahl von Befugnissen zentral geregelt, wie die Durchsetzung von -Regeln und Gesetzen, die Erhebung von Steuern, die Verteidigung der Aussen Grenzen, die Repräsentation nach aussen und die Aussenpolitik. Diese Funktionen bilden die Grundlage für einen

föderalen Staat, weil sie zur Erfüllung der staatlichen Kernaufgabe notwendig sind: der Wahrung der Ordnung.

Der Irrweg in den Superstaat

Wir kommen zur entscheidenden Frage: Kann sich eine bloss supranationale EU halten? Ist es möglich, Teile von Staatsaufgaben an Brüssel zu übertragen, aber andere Teile bei den Mitgliedstaaten zu belassen? Sind offene Binnengrenzen möglich ohne gemeinsame Verteidigung der Aussengrenzen? Oder kann die EU «wie ein Block» auf der internationalen Bühne auftreten, wie eine wichtige EU-Zielsetzung lautet, ohne über eine gemeinsame Aussenpolitik zu verfügen? Oder eine gemeinsame Währung ohne zentrale Budgetaufsicht? Ich denke nicht.

Betrachten wir zuerst die offenen Binnengrenzen. Offene Binnengrenzen bedeuten, dass Mitgliedstaaten untereinander mit ihrer Immigrationspolitik konfrontiert werden. Früher oder später wird dies eine zentrale Koordination und eine zentrale Steuerung erfordern. Als Spanien vor einiger Zeit eine generelle Amnestie erliess und damit rund 700 000 illegale Immigranten aus Nordafrika einen spanischen Pass erhielten, erwarben diese damit auch das Recht, ungehindert auf dem Kontinent zu reisen. Das erfordert Überwachung – also eine europäische Immigrationspolitik.

Die offenen Grenzen verlangen auch eine zentrale Aufsicht über die illegale Immigration. Die Grenzen in Südosteuropa sind porös. Wer mit Grenzkontrollen ernst machen will, muss eine europäische Grenzbewachung einführen, inklusive Flotte, Luftwaffe, Infanterie und einer Kommandostruktur mit einem europäischen Verteidigungsminister an der Spitze.

Abgesehen von der Migration von ausserhalb der EU, führen offene Grenzen auch zur Migration innerhalb der EU. So sind in den vergangenen Jahren allein in die Niederlande rund 300 000 Osteuropäer immigriert. Es gibt keinen Grund, warum dieser Zustrom in Zukunft abnehmen soll. Nur wer an die Entstehung einer neuen «europäischen» Nationalität glaubt, wird darin kein Problem erkennen.

Überdies haben offene Grenzen einschneidende Konsequenzen für die innere Sicherheit. Nachdem sich beispielsweise die Niederlande geweigert hatten, ehemalige Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen, beschloss Spanien, dies sehr wohl zu tun, womit die Ex-Häftlinge in der Folge in die Niederlande einreisen konnten. Es ist augenscheinlich, dass die offenen Binnengrenzen auch hier wieder zu mehr Europa führen müssen.

Wer weiterdenkt, erkennt, dass offene Grenzen auch ein europäisches soziales Auffangnetz als wünschbar erscheinen lassen. Wenn jedermann frei reisen und sich frei niederlassen kann, wird es immer schwieriger, den einen das Recht auf eine bestimmte Altersrente – oder auf eine bestimmte medizinische Pflege – zu gewähren und den anderen nicht. Werden wir Menschen Pflege verweigern oder sie auf der Strasse verhungern lassen? Der Druck, ein soziales Auffangnetz für alle Europäer bereitzustellen, wird immer stärker werden.

Die zentrale militärische Organisation, die es für eine gemeinschaftliche Grenzbewachung braucht, wäre auch nützlich für das zweite Ziel der EU: «ein Block» in der Welt zu sein. Dies würde bedeuten: gemeinsame Unterhandlungen mit externen Handelspartnern, einen gemeinsamen auswärtigen Dienst, ein gemeinsames Intervenieren in Situationen, welche den Frieden und die Sicherheit bedrohen.

Unterdessen hat die EU schon verschiedene Schritte in diese Richtung gemacht. So wurde ein hoher Vertreter für Aussen- und Sicherheitspolitik eingesetzt, der zusammen mit Europa-Parlamentariern die Welt bereist, um zu verhandeln, um Vereinbarungen zu treffen mit China, um Sanktionen gegen Syrien auszurufen und so weiter. Die EU errichtet sogar ein System von Botschaften. Weiter werden fortwährend Schritte unternommen, um militärische Handlungen zu koordinieren.

Wenn wir versuchen, dieses Szenario weiterzudenken, kommen wir erneut zum Schluss, dass eine Annäherung, die auf halbem Wege stehenbleibt, eine supranationale Annäherung also, nicht zur Verwirklichung der europäischen Idee ausreicht. Denn solange die verschiedenen Länder neben der europäischen Aussenpolitik auch ihre eigene Aussenpolitik betreiben, entsteht ein Durcheinander. Wenn Europa wirklich «wie ein Block» operieren will, wird auch ein souveräner europäischer

Entscheidungssträger kommen müssen. Dieser müsste zentral den Auftritt bestimmen, beispielsweise Sanktionen aussprechen können. Diese Aufgaben wird früher oder später ein starkes europäisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten oder für Verteidigung übernehmen – sonst bleibt das Auftreten «wie ein Block» eine hohle Forderung.

Wir sind beim dritten Punkt: Eine gemeinsame Währung verlangt eine zentrale Haushaltsaufsicht. Zentrale Haushaltsaufsicht bedeutet einen europäischen Finanzminister, der die Budgets der Mitgliedstaaten kontrolliert. Alle nationalen Beschlüsse und Regelungen mit substantziellen Kostenfolgen würden damit in die Kompetenz von Brüssel fallen.

Ein weiteres Problem in einer Währungsunion sind die unterschiedlichen Zinsen für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten auf dem Kapitalmarkt. Auch dafür wäre eine politische Union notwendig. Weil die Euro-Länder keine Nationalbank mehr haben, die unbeschränkt Obligationen aufkaufen kann, werden sie verletzlich gegen Angriffe von Investoren. Exakt dies geschah mit Griechenland und Spanien. Deshalb plädieren viele Regierungen für die Euro-Bonds – Obligationen, welche die Euro-Zone selbst vergeben können soll.

Mit diesen Euro-Bonds kann Brüssel selbständig Schulden machen, die von allen Euro-Ländern gemeinsam getragen werden. Es ist dann keine Rede mehr von einem beschränkten Budget bei den Stützungsmaßnahmen: Das Budget wird unbeschränkt sein – und es wird Beamten in Brüssel und Frankfurt anvertraut.

Obendrein verlangt dies – wie im Migrationsbereich – mehr europaweite Solidarität. Zwar sinkt dank den Euro-Bonds der Zins für die südeuropäischen Staaten, aber für die sparsamen Länder im Norden steigt er. Eine Zinssteigerung von zwei Prozent würde von den Niederländern bereits acht Milliarden Euro an «Solidarität» abverlangen. Möglicherweise wird diese Zwangssolidarität noch viel massiver beansprucht werden. Wenn ein Land zahlungsunfähig wird, müssen die Kosten kollektiv getragen werden. Ist die Erwartung realistisch, dass die Niederländer, die Deutschen und die Finnen dies werden tun wollen?

Eine andere wichtige Überlegung ist, dass man solche Euro-Bonds noch lange nicht nur für die Finanzierung nationaler Schulden verwenden muss. Brüssel kann damit auch neue, «eigene» Schulden machen, ohne dass ein einziges nationales Parlament etwas dazu zu sagen hätte. Andersherum: Wenn Brüssel das Recht erhält, Euro-Bonds auszugeben, bedeutet dies die Übertragung des Rechts, indirekte Steuern zu erheben und damit eine durch das eigene Schuldpapier finanzierte Politik zu betreiben. Eine föderale, also bundesstaatliche Obrigkeit ist dann eine Tatsache.

Richtlinien für Lauch und Glühlampen

Und es gibt noch einen vierten Grund, warum Supranationalismus zwangsläufig zu Föderalismus führt. Supranationale gesetzgebende und rechtsprechende Organe ohne föderale, bundesstaatliche Struktur dehnen sich ständig aus. Viele europäische Regelungen zeugen davon. Nehmen wir die Empfehlung des Rates zu rauchfreien Zonen. Sie enthält den Rahmen für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen. Die Empfehlung erwägt, dass «Massregeln auf Basis von Freiwilligkeit auf nationaler Ebene wenig oder keinen Effekt gehabt haben». Der Schluss daraus ist nicht etwa, dass keine Übereinstimmung vorhanden ist und dass die Staaten es nach eigenem Gutdünken regeln sollen. Das Dokument fährt fort mit der Erläuterung der «abschreckenden» Strafen, welche die Mitgliedstaaten für Personen einführen sollen, die das angestrebte Rauchverbot übertreten.

Oder denken wir an die Handelsnormen für Drillbohrer, künstliche Gebisse, die Krümmung von Gurken oder den maximalen Lärm, den Rasenmäher verursachen dürfen, an die Länge von Kondomen, den Wechsel von Sommerzeit auf Winterzeit, die Richtlinien für Lauch und für Glühlampen, die Sicherheitsvorschriften für Autos, die empfohlenen Leuchtwerten für Radfahrer, die Vorschriften für Bed-and-Breakfast-Angebote, die Spezifikationen für Wein und Käse, die Farbe der Autoscheinwerfer, die sozialen Standards für Fensterputzer und die vorgeschriebenen Warnungen für das Schwimmen in offenem Wasser.

Stück für Stück wollen Arbeitsgruppen und Subkommissionen ihre Richtlinien und Handelsnormen für den Kontinent bindend machen – und es ist keine Bremse vorhanden.

Wer einen Blick auf die Website der EU wirft, trifft auf nicht weniger als 20 000 einzelne Richtlinien und Regulierungen. Dazu kommen mehr als 10 000 Urteile, mit welchen der Europäische Gerichtshof *case law* gemacht hat und welche ihrerseits wieder Ergänzungen der Regeln und breitere Anwendungsbereiche der Richtlinien enthalten. Es ist schwierig, den exakten Einfluss von Brüssel zu quantifizieren. Fest steht, dass die europäische Regulierung – via Richtlinien, Empfehlungen und Verordnungen – inzwischen einen umfangreichen Teil des niederländischen Rechts ausmacht. Brüssel und nicht Den Haag wird in der Praxis immer mehr das Zentrum der Politik. Anders gesagt: Die Rolle des niederländischen Parlaments wird immer mehr ausgehöhlt, womit auch in dieser Hinsicht - Supranationalismus zu Föderalismus zu führen scheint.

Der Superstaat kann nicht funktionieren

Das eine führt zum anderen. Um am Ende den Erlass von Regeln einigermassen im Zaum zu halten, müsste eine Staatsstruktur mit ausreichenden *checks and balances* errichtet werden – wie die Trennung von Legislative und Exekutive, ein Parlament mit einer Opposition und einem Senat, der noch einmal kritisch die Gesetzesentwürfe betrachtet.

Früher oder später landet man bei einem Bundesstaat. Ein supranationales Europa führt zwingend in absehbarer Zeit zur Übertragung von Souveränität und zur Bildung eines neuen Staates: der Vereinigten Staaten von Europa.

Das war auch die Absicht. Von Beginn weg war dies das grosse Ziel des europäischen Projekts. Dass einige – wie einige niederländische Politiker – dies nie gewünscht haben, sagt eher etwas aus über ihre Naivität oder ihren mangelnden Überblick als über die Art des Unternehmens. Vom gemeinsamen Markt über die offenen Grenzen und die gemeinsame Währung zur politischen Einheit. Das war und ist die eigentliche Agenda von Brüssel.

Aber kann eine solche Föderation funktionieren? Wenn es nach mehr als 180 Jahren noch nicht gelungen ist, aus den Flamen und den Wallonen ein Volk zu machen – der Separatismus ist stärker denn je – wie sind dann die Erfolgsaussichten für das europäische Projekt? Einmal ganz abgesehen von der Frage, ob die Bildung von Vereinigten Staaten von Europa erwünscht oder unerwünscht wäre, ob es gut oder schlecht wäre für unsere Ökonomie, unsere politischen Freiheiten und für den Schutz der europäischen Zivilisation – ist es realistisch? Die noch nicht lange zurückliegenden, tragischen Kriege im vormaligen Jugoslawien sind noch frisch in unserem Gedächtnis – und doch will man die europäischen Staaten in eine derartige nationenübergreifende Zwangsjacke pressen? Sind die Unterschiede nicht schlicht und einfach zu gross?

Nehmen wir die offenen Grenzen. Die Immigrationsproblematik ist sehr unterschiedlich in den verschiedenen Ländern, ebenso die Debatte darüber. In den Niederlanden steht man mittlerweile der Problematik ziemlich offen gegenüber. Aber man versuche einmal, die politisch korrekteren Franzosen, Deutschen und Schweden zu überzeugen. Portugal dagegen ist ein Auswanderungsland. Die Hälfte aller Portugiesen lebt ausserhalb Portugals. Wie soll jemals eine gemeinsame Immigrationspolitik für all diese Länder entworfen werden?

Zudem erfordern offene Grenzen ein europäischen Nationalgefühl. Niederländer werden den Zustrom von Hunderttausenden Polen und bald auch Bulgaren, Rumänen und, wer weiss, Türken nicht länger als «Immigration» empfinden dürfen. Wird es je so weit kommen? Wenn die Wiedervereinigung von Deutschland, nach nicht einmal einem halben Jahrhundert der Trennung, schon so viel Mühe kostete und zu so viel Friktionen führte – wer wird glauben können, dass man alle die verschiedenen Völker dieses Kontinents zu einer Nation zusammenschmieden kann?

Oder nehmen wir die europäische Politik für innere Sicherheit und die absehbare europäische Staatsanwaltschaft. Beide folgen aus der Logik der offenen Binnengrenzen. Die Korruption in Ländern wie Italien und Griechenland zieht natürlich um, zu den neuen Institutionen. Die sizilianische Mafia, die korrupten rumänischen Beamten, das spanische Arbeitsethos. Nordeuropäer haben relativ viel Vertrauen in ihre Behörden und ihren Beamtenapparat. Sind wir uns bewusst, was wir aufgeben, wenn ein föderales Sicherheitssystem und ein Fahndungsdienst kommen, bei dem Niederländer und Deutsche abhängig sind von Südeuropäern, Osteuropäern, von Rumänen und Bulgaren und vielleicht bald auch Albanern, Kosovaren und Türken?

Auch die Solidarität, welche offene Grenzen verlangen, ist völlig unrealistisch. Um eine Art Apartheid zu verhindern, wird das soziale Auffangnetz allmählich auch für die internen europäischen Einwanderer aufgespannt werden müssen. Wird man Polen und Spaniern, die hier leben und arbeiten, medizinische Pflege und soziale Unterstützung versagen können?

Und dann die Aussenpolitik. Mit allen Unterschieden in historischen, kulturellen und strategischen Belangen dürfte es unmöglich sein, eine zentrale Arbeitsweise zu finden. In Polen und Tschechien ist die Triebfeder «Nie mehr Russland». In Frankreich ist es eher «Nicht zu viel Amerika». Grossbritannien hat eine grundlegend andere Position in der internationalen Politik als Rumänien und Bulgarien. Und wenn einmal die Türkei Mitglied wird, kommt noch eine völlig andere Perspektive hinzu. Während der Präsidentschaft von George W. Bush sahen wir bereits, wie unterschiedlich die europäischen Länder zum Beispiel über den Irakkrieg oder den Raketenschutzschild dachten. Auch wenn es um die Situation im Nahen Osten geht, können sich die europäischen Länder nicht einigen. Wie soll jemals ein befriedigendes Auftreten möglich sein? Und wer erwartet wirklich, dass Frankreich und Grossbritannien ihren Sitz im Sicherheitsrat aufgeben?

Oder die gemeinsame Währung. Wie realistisch ist es, zu meinen, dass eine zentrale Haushaltskontrolle akzeptiert wird? Und dass alle europäischen Länder brav im Gleichschritt marschieren? Keine Korruption, aber dafür nordeuropäische Haushaltsdisziplin und fiskalische Transparenz in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien? Dass die Schattenwirtschaft in diesen Ländern verschwindet, dass sich die politische Kultur radikal ändert, kurz, dass wir alle Deutsche werden? Nur wer vom Fünfsternehotel zum bezahlten Lunch reist und dann im Dienstwagen mit Chauffeur wieder zurück nach Hause – nur wer vollkommen weltfremd ist also –, wird das glauben können.

Und wenn bald Euro-Bonds kommen und Brüssel die Macht erhält, jede gewünschte Politik aus eigenen Schuldpapieren zu finanzieren – ohne von der Zustimmung der Mitgliedstaaten abhängig zu sein –, kann man es verantworten, dort die Macht anzusiedeln? Wer bewacht die Bewacher? Sicher nicht die europäische «öffentliche Debatte» und die europäische «Demokratie». Die gibt es nicht. Wegen der vielen Sprachen kann es keine Debatte geben und kann ein Europäisches Parlament nie repräsentativ sein.

Abgesehen davon, dass eine europäische Föderation nicht funktionieren würde, sie wäre auch korrupt, schwerfällig, unregierbar und undemokratisch, sie hätte keinerlei Legitimität bei der Bevölkerung: Debatten mit Übersetzern, Wahlkämpfe zwischen Kandidaten, die einander nicht verstehen und sich den Wählern nicht verständlich machen können, die Unmöglichkeit, auch auf gesellschaftlicher Ebene miteinander eine Diskussion zu führen. Die notwendigen Kompromisse werden eine Politik zur Folge haben, die im Interesse von niemandem ist und keiner einzigen Agenda dient. Es wird eine grosse Aneinanderreihung von Missverständnissen geben, Unverständlichkeit und fundamentale, unüberbrückbare Differenzen von Ansichten, Kultur und persönlicher Ethik. Die Unterschiede sind zu gross, eine politisch-verwaltungsmässige Einheit wird Europa schlicht nicht werden. Jetzt nicht. In hundert Jahren nicht. Nie.

Eine Alternative zu Brüssel

Wenn Supranationalismus zwingend zu Föderalismus führt, ein föderales Europa aber nicht machbar, ja absurd ist, was bleibt übrig?

Ein zwischenstaatlicher (intergouvernementaler) Zusammenarbeitsverband, der aus Vereinbarungen besteht über Freihandel und ehrliche Konkurrenz zulässt, aber keinen Dschungel an Harmonisierung und Richtlinien erzwingt. Offene Grenzen gäbe es nicht mehr, die gemeinsame Währung würde rückgängig gemacht, und die uniforme Aussenpolitik käme nicht. Wo sich die Länder einig sind, können sie gemeinsam aufmarschieren. Man mag einen Sondergesandten ausschicken, um Gaskontrakte mit Russland für ganz Westeuropa zu vereinbaren. Oder man kann eine militärische Koalition bilden, wenn irgendwo auf der Welt Eingreifen notwendig erscheint. Konkreten Flüchtlingsproblemen kann man gemeinsam die Stirn bieten. Immer auf Ad-hoc-Basis, für jene, die einverstanden sind.

Zurück also zum Freihandel und zur Zusammenarbeit auf der Basis nationaler Souveränität. Aber wie kommen wir dahin?

Ein erster Schritt besteht darin, Anschluss zu suchen bei den umliegenden Ländern. Gemeinsam mit Grossbritannien können wir Druck machen für eine umfangreiche Reform von Brüssel. In Dänemark, Finnland und Deutschland nimmt die Europa-Skepsis zu. Ist das erste Schaf einmal über die Hürde gesprungen, folgen ihm die anderen.

Um Druck aufzubauen, können die Niederlande oder andere Staaten vorläufig aus der Schengen-Zone austreten. Wir installieren dann die hübschen Grenzpfosten, wie man sie in Frankreich als Mautstationen auf den Autobahnen sieht. Niemand hindert uns, Menschen hineinzulassen, wenn Bedarf für sie besteht. Qualifizierte Einwanderer aus allen Teilen der Welt sind unverändert willkommen. Aber wen wir nicht wollen, dem können wir die Einreise verweigern oder ihn zurückschicken.

Weiter muss auf allen monatlichen Lohnabrechnungen sichtbar sein, wie viel Geld nach Brüssel fliesst, auch Extragelder für Notfonds wie EFSF und ESM: Es muss sichtbar sein. Damit sich die Menschen bewusster werden, was hier vor sich geht. Sodann sollten wir die Regulierungen aus der EU konsequent herunterfahren. Freihandel bedeutet, dass Länder ihre Produkte gegenseitig anerkennen. Um das zu erreichen, sollte eine Kommission aus Juristen und Ökonomen gebildet werden mit dem einzigen Ziel, die Gesetzgebung zu identifizieren, welche für diesen Freihandel nicht notwendig ist. Grundsätzliche Koordination für die Produktsicherheit ist nützlich. Aber grosse Teile der mehr als 100 000 Seiten umfassenden Regelungen müssen wir streichen. Lasst die Diversität unseres Kontinentes wieder blühen! Wenn jemand kleine Kondome anbieten will, warum nicht? Wenn jemand Autos mit gelben Scheinwerfern anstelle von weissen auf den Markt bringen will – lasst ihn machen. Und, ja, wenn Länder Rohmilchkäse lecker finden – prima! Was wir brauchen, sind Anerkennungsregeln, keine Harmonisierung.

Ein nächster Schritt ist die Aufhebung des Europäischen Parlaments. Es führt zu nichts, ein Europäisches «Parlament» zu haben – denn die EU ist keine Demokratie, übrigens auch kein Staat, und Europa ist kein Volk. Was wir brauchen, ist nur eine kleine Kommission, die den Freihandel koordiniert, und nicht diese Gruppe völlig unbekannter *busy bodies*, die den ganzen Tag das europäische Netzwerk von Verpflichtungen und Regeln ausbauen.

Auf der gleichen Längsachse muss diese sonderbare Aussen- und Verteidigungspolitik demontiert werden. Was wir brauchen, ist ein gutes Einvernehmen zwischen den verschiedenen nationalen Ministern für Aussen- und Verteidigungspolitik und keinen Superminister, der nach und nach alles an sich zieht.

Allmählicher Rückbau oder Explosion

Zum Schluss wird der Euro fallen müssen. Dabei müssen wir die Vorteile einer gemeinsamen Währung nicht überbetonen. Durch Kreditkarten, mit denen online Käufe getätigt werden können, durch PIN-Geräte in nahezu jedem Geschäft und jedem Café sowie durch Bancomaten an jeder Ecke sind die Nachteile verschiedener Währungen längst beseitigt.

Aber fundamentaler sind zwei ökonomische Nachteile einer gemeinsamen Währung. Das erste Problem verursacht die Europäische Zentralbank (EZB). Die Zentralbank setzt einen Zins fest auf Basis der Wirtschaft und der Inflation. Geht es der Wirtschaft gut, ist es oft vernünftig, den Zins hoch anzusetzen, um Überhitzung und Inflation zu vermeiden. Geht es der Wirtschaft weniger gut, wird ein tiefer Zins oft einen Ausgabenimpuls auslösen können. Weil die Euro-Zone aber aus so verschiedenen Ökonomien besteht, ist derselbe Zins oft nicht optimal. Der Zins der EZB war in den letzten Jahren zum Beispiel zu hoch für die niederländische Wirtschaft, aber zu tief für die spanische. Dadurch hatten die Niederlande ein in Anbetracht ihrer Möglichkeiten geringeres Wachstum, während in Spanien eine Blase entstand. *One size fits none*.

Das zweite fundamentale Problem besteht darin, dass die Euro-Länder ihre Defizite nicht länger finanzieren können, indem sie eigene Schuldscheine kaufen. Die Geldpresse steht in Frankfurt, und nicht mehr in Athen, Rom und Madrid. Insolvente Länder können dadurch ihre Defizite nicht mehr selbst decken oder ihre Währung abwerten. Alles muss durch Einsparungen oder Steuererhöhungen finanziert werden. Das ist politisch und ökonomisch viel schwieriger. Darüber hinaus führt das wegen des Nachfragerückgangs zu Rezession.

Überwogen die Vorteile des Euro wirklich gegenüber all diesen Nachteilen?

Das ist doch sehr die Frage.

Das ideale Szenario für ein Aufbrechen der Euro-Zone wäre, dass beispielsweise die Niederlande auch hier Unterstützung bei andern Ländern suchen, Deutschland, Österreich, Finnland. Eine Möglichkeit wäre es, zusammen, mit guter Haushaltsdisziplin und relativ übereinstimmenden Konjunkturzyklen, eine neue Währung einzuführen. Das zentrale Problem bleibt jedoch auch hier, dass eine Währungsunion früher oder später zu einer politischen Union führt.

Darum muss seriös untersucht werden, auf welche Art die verschiedenen Länder wieder ihre eigene Währung einführen können. Zweifellos wird auf den (Finanz-)Märkten Unruhe entstehen, aber nach einiger Zeit wird sich ein Gleichgewicht einstellen, so wie das vor der Einführung des Euro auch der Fall war.

Natürlich ist dieses Szenario, wie das Leben selbst, nicht ohne Risiken. Aber weiterzumachen, ist keine Variante. Die EU wird früher oder später zum Bundesstaat werden müssen, sonst implodiert sie. Ein föderaler Staat aber wäre für den alten Kontinent ein funktionsunfähiger Verband, weil die Unterschiede zu gross sind. Es gäbe hierfür nicht die geringste Unterstützung in der Bevölkerung. Die Macht der proeuropäischen Politiker würde noch mehr schwinden, bis sie überhaupt keine Autorität mehr hätten. Radikale Parteien, wie wir sie in Griechenland sehen, würden überall auftauchen, und die ganze Konstruktion würde keine zwei Monate standhalten, bis es zur Explosion käme. Die Frage ist nicht, ob die EU überleben kann, sondern, wann sie stirbt. Die Wahl besteht zwischen einem geordneten, allmählichen Rückbau und einer chaotischen, und vielleicht sogar gewalttätigen Explosion.

Selbstredend ziehe ich das erste Szenario vor. Aber die Blindheit der Politiker lässt mich befürchten, dass uns das zweite erwartet.

Thierry Baudet (1983) studierte Rechtswissenschaft und Geschichte an der Universität Amsterdam. Nach seiner Promotion dozierte er an der Universität Leiden und der Academia Vitae in Deventer. Baudet ist Kolumnist für das *NRC Handelsblad*. Ferner publizierte er in der französischen Zeitschrift *Commentaire* und dem *City Journal New York*. Aus dem Niederländischen von **Christian Huber**.